

Positionspapier der CDU-Bürgerschaftsfraktion vom 12. Januar 2009

# Verwendung der Bremer Mittel aus dem Konjunkturprogramm II: Vorfahrt für Wirtschaft, Häfen und Bildung

## 1. Prioritäten setzen, Arbeitsplätze erhalten, Hemmnisse abbauen

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung den Ländern im Rahmen eines „Konjunkturprogramms II“ Mittel zu Verfügung stellt, mit denen die Länder verschiedene Investitionsmaßnahmen, etwa bei der Sanierung oder dem Neubau von Verkehrswegen und öffentlichen Einrichtungen, vorziehen können. Diese Maßnahmen können einen Beitrag dazu leisten, bestehende Arbeitsplätze in Bremerhaven und Bremen in Zeiten der Krise zu sichern.

Damit das Land Bremen tatsächlich die durch den Bund in Aussicht gestellten Mittel in voller Höhe bewilligt bekommt und zielführend einsetzen kann, fordert die CDU-Fraktion den Senat auf, möglichst schnell eine **klare Prioritätenliste** zu erstellen. Aus dieser sollte hervorgehen, welche einzelnen Projekte ohne langwierige Planungs-, Ausschreibungs- und Genehmigungszeiten noch im Jahr 2009 realisiert werden können. Eile ist in diesem Zusammenhang insbesondere deshalb geboten, da sichergestellt sein muss, dass die Projekte auch tatsächlich in den nächsten Monaten umgesetzt werden können, damit die beteiligten Unternehmen auch tatsächlich im wirtschaftlichen Krisenjahr 2009 von dem Konjunkturprogramm profitieren und möglichst viele Arbeitsplätze gesichert werden können.

**Bürokratische Hemmnisse** bei der Umsetzung der Konjunkturmaßnahmen müssen überwunden werden. Der Senat wird daher aufgefordert umgehend zu prüfen, ob und wie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt sowie Einspruchsfristen verkürzt werden können, um die Investitionsmaßnahmen möglichst kurzfristig zu realisieren. Dabei können die Sonderregelungen zum „Aufbau Ost“ als Vorbild dienen. Ggf. notwendige Gesetzesänderungen sind umgehend, auch über den Bundesrat, einzuleiten.

Bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung hält es die CDU-Fraktion in diesem Zusammenhang für notwendig, die Mittel in Bremen und Bremerhaven insbesondere auf die Bereiche **„Wirtschaft, Häfen und Bildung“** zu fokussieren. Die Gelder sollen konzentriert eingesetzt werden und dürfen keineswegs ohne Beschäftigungseffekte nutzlos versickern. Sie dienen nicht dazu, Haushaltslöcher in einzelnen Ressorts zu stopfen. Daher hält es die CDU-Bürgerschaftsfraktion für notwendig, bei der Erstellung der Prioritätenliste die Stärkung des heimischen Arbeitsmarktes im Blick zu haben. So sollen

beschäftigungsintensive Projekte grundsätzlich den Vorrang vor weniger beschäftigungswirksamen Maßnahmen erhalten. Bei der Vergabe der Aufträge durch Stadt und Land ist darauf zu achten, dass diese kleinteilig und damit mittelstandsfreundlich an regionale Unternehmen erfolgen können.

An die Unternehmerinnen und Unternehmer in Bremen und Bremerhaven appelliert die CDU-Fraktion, im Jahr 2009 - weitestgehend - **auf Entlassungen zu verzichten**. Führende Wirtschaftsforscher rechnen noch in diesem Jahr mit einem Ende der Krise und gehen bereits für das kommende Jahr von einem erneuten Wachstum aus. Firmen sollten sich auf diese Phase des Aufschwungs vorbereiten. Dazu gehört, dass der Ausbildungsstand der betreffenden Belegschaften so gut ist, dass man trotz des weiterhin bestehenden Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig bleiben kann.

## 2. Wirtschaftskraft stärken

Zahlreiche infrastrukturpolitische Investitionen mussten in den vergangenen Jahren aufgrund der angespannten Finanzlage des Landes Bremen gekürzt oder zeitlich gestreckt werden. Eine kurzfristige Mittelbereitstellung seitens des Bundes könnte die Möglichkeit eröffnen, einige dieser Projekte im Jahr 2009 doch noch anzugehen. Bei der Mittelverwendung sollen die politischen Akteure in Bremerhaven und den Bremer Stadtteilen schnell und unbürokratisch mit einbezogen werden.

- Die CDU-Fraktion fordert den Senat auf, möglichst schnell die verschiedenen Stadtumbau-/Stadtsanierungsprogramme dahingehend zu überprüfen, ob enthaltene Einzelmaßnahmen vorgezogen werden können.
- Zudem sollte eine Prioritätenliste bezüglich der Sanierung öffentlicher Gebäude insbesondere hinsichtlich des Wärmeschutzes erstellt werden und möglichst noch im Jahr 2009 mit der Umsetzung begonnen werden.
- Die CDU fordert die Herstellung weiterer Flächen in Bremen und Bremerhaven für Unternehmen, wie z. B. die Aufsandung der Luneplate/Luneort (aber auch Baumaßnahmen für ggf. notwendige Ausgleichsmaßnahmen, wie sie z. B. bei einer Aktivierung des Weserportsees notwendig würden).
- Baumaßnahmen im schienengebundenen ÖPNV und SPNV sind – auch angesichts wieder fallender Stahl- und Rohstoffpreise – hinsichtlich ihrer Realisierungsoptionen im Jahr 2009 zu überprüfen.
- Entsprechendes gilt für Sanierungsmaßnahmen in Straßen- und Brückenbau.
- Entsprechendes gilt für Küstenschutz- und Deichschutzmaßnahmen, etwa hinsichtlich des Vorziehens einzelner Maßnahmen des Generalplanküstenschutzes (z.B. im Bereich der Lürssen-Werft in Vegesack).
- Die CDU-Fraktion fordert den Senat auf zu prüfen, welche Lärmschutzmaßnahmen an hoch belasteten Verkehrswegen in die Zuständigkeit Bremens fallen und ob sie noch in diesem Jahr umgesetzt werden könnten.

- Darüber hinaus muss geprüft werden, ob Investitionsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes noch im Jahr 2009 getätigt werden können.

### **3. Häfen erhalten und modernisieren**

Infrastrukturelle Investitionen in die Häfen sind gerade in der gegenwärtigen Situation stagnierender Umsätze sinnvoll, da die notwendigen Baumaßnahmen in Boomzeiten die in der maritimen Wirtschaft tätigen Unternehmen in der Abwicklung ihrer Tätigkeiten tendenziell eher behindern als in Zeiten sinkender Aufträge. Die CDU-Fraktion fordert den Senat auf, kurzfristig für das Jahr 2009 eine aktualisierte „Prioritätenliste der erforderlichen Hafeninvestitionen“ vorzulegen. Aus Sicht der CDU-Fraktion müsste diese u. a. folgende Komponenten enthalten:

- Sicherung einer ausreichenden Flächen- und Verkehrsinfrastruktur. Hier wäre u. a. eine beschleunigte Erweiterung der Hafenbahnanlagen in Bremerhaven sinnvoll, woraus sich wiederum weitere Investitionsnotwendigkeiten ergeben würden. So müsste z.B. das Verwaltungsgebäude der US-Armee innerhalb des Carl-Schurz-Geländes verlagert werden. Zu der Verlagerung und Finanzierung hatte sich das Land Bremen beim Kauf des Geländes verpflichtet.
- Ausbau der Schienenverkehrsanbindung sowohl innerhalb der Häfen als auch – mittels Gesprächen mit der Bahn AG – bei der Hafenanbindung innerhalb der beiden Städte unseres Bundeslandes.
- Anpassung der Straßeninfrastruktur innerhalb und zu den Häfen. So soll etwa geprüft werden, welche Maßnahmen zur Aufhebung der räumlichen Trennung von Neustädter Hafen und Güterverkehrszentrum (GVZ) durch den Bau neuer Verkehrswege kurzfristig verwirklicht werden können. Auch gilt es, Verbesserungen bei der Verkehrsanbindung des Industriehafens schnell zu planen und nach Möglichkeit im Laufe des Jahres 2009 mit der Abarbeitung zu beginnen.

### **4. In Bildung investieren**

Zahlreiche Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen im Lande Bremen warten seit Jahren auf notwendige Sanierungsarbeiten an ihren Gebäudebeständen. Die CDU-Fraktion hält es für sinnvoll, bei der gegenwärtigen Krise freiwerdende Mittel insbesondere für diese Projekte einzusetzen. Neben den kurzfristigen Effekten einer Belebung der Baubranche, lassen sich durch entsprechende Investitionen in den Bildungssektor auch langfristige Erfolge für Bremen und Bremerhaven erzielen: Eine verbesserte Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen entlastet zum einen die Eltern und ermöglicht zum anderen ein effektives Lernen der Schüler. Investitionen im Wissenschaftsbereich festigen den Wirtschaftsstandort und machen Bremen und Bremerhaven für gut ausgebildete und engagierte Arbeitskräfte interessant. Nicht zuletzt erweisen sich derartige

Bildungsinvestitionen als nützliches Instrument im Kampf gegen die Folgen des demographischen Wandels.

- Der Senat wird aufgefordert darzulegen, in welchen Schulen und Betreuungseinrichtungen Komplett- oder Teilsanierungsmaßnahmen kurzfristig zu realisieren sind. Aus Sicht der CDU-Fraktion ergeben sich z. B. bei den Grundschulen St. Magnus, Oberneuland und Strom, bei der Pausenhalle des Kippenberg-Gymnasiums sowie im bestehenden Sanierungsprogramm der Stadt Bremerhaven entsprechende Bedarfe.
- Der Senat wird aufgefordert darzulegen, welche Investitionen notwendig sind, um den Anteil an Ganztagschulen im Land Bremen kurzfristig zu erhöhen. In diesem Zusammenhang sind auch die Absicherungen bestehender Finanzierungsrisiken, etwa bei der Ganztagschule Robinsbalje/Quartierzentrum in die Überlegungen einzubeziehen.
- Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hält ein Vorziehen der ohnehin anstehenden Sanierungsarbeiten an den Hochschul- und Forschungseinrichtungen im Land Bremen für sinnvoll. So sollen insbesondere alle Aktivitäten hinsichtlich einer energetischen Ertüchtigung an den Hochschulen und Universitäten dahingehend geprüft werden, ob sie unbürokratisch noch in diesem Jahr realisiert werden können. Dies betrifft sowohl Sanierungsmaßnahmen an der Universität Bremen, der Hochschule Bremen und des AWI in Bremerhaven sowie die Erweiterungspläne an der Hochschule Bremerhaven.